# Wilsdruffer Tageblatt

Heute neuer Roman

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.**

Nr. 213 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 12. September 1933


## Frankreich behauptet ...

Angesichts des bevorstehenden Zusammentritts der Abrüstungskonferenz stellt Frankreich außer den beiden bekannten Forderungen nach Sicherheit und nach einer Rüstungskontrolle vor allem auch die Behauptung auf, es habe abgerüstet. Der deutsche Leser, der in seiner Zeitung immer wieder von den großen französischen Manövern, von dem französischen Luftheer, von den französischen Flottenverstärkungen und der riesigen Angriffsbasis an der französischen Ostgrenze liest, glaubt wohl zunächst an einen unpassenden Scherz. Da man die Begründung einer Behauptung kennen muß, wenn man die Behauptung selbst widerlegen will, so wollen wir hier einmal fragen, worauf denn Frankreich die Angabe seiner Abrüstung eigentlich begründet.

Frankreich weist z. B. darauf hin, es habe im Jahre 1923 die aktive Dienstzeit von drei Jahren auf 18 Monate und im Jahre 1928 von 18 Monaten auf ein Jahr herabgesetzt. Damit sei eine Schwächung der Kampfkraft der französischen Armee eingetreten. Gerade diese Behauptungen nun, mit denen Frankreich auch im Frühsommer in Genf wieder andauernd operiert hat, ist ganz besonders töricht. Auch wer niemals Soldat gewesen ist oder vom Kriegshandwerk absolut nichts versteht, sagt sich selbstverständlich, daß mit einer nur einjährigen aktiven Ausbildungszeit dreimal soviel Soldaten ausgebildet werden können wie nach dem alten französischen Ausbildungsplan. Dazu kommt nun aber noch, daß der ausgebildete französische Soldat eine ganze Anzahl längerer Übungen und Lehrgänge als Reservist durchzumachen hat, ferner, daß die Jugend in Frankreich schon vom 6. Lebensjahr ab körperlich für den Militärdienst vorgeschult und vom 16. Lebensjahr ab eine militärische Ausbildung erhält. Ferner verfügt das französische Heer über einen außerordentlich hohen Prozentsatz an Ausbildungspersonal, so daß also der ausbildende Offizier und Unteroffizier eine erheblich kleinere Anzahl von Rekruten schult als unter normalen Umständen; es liegt auf der Hand, daß die Ausbildung dadurch viel intensiver wird und die kurze Dienstzeit von einem Jahr damit völlig ausgeglichen ist. Es dienen in der Tat nicht weniger als jährlich 265 000 Mann in Frankreich über die gesetzlich vorgeschriebene einjährige Dienstzeit hinaus, das sind 43 Prozent der Gesamtstärke!

Wir wollen auch nicht vergessen, daß die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr in Frankreich nicht für die Kolonialtruppen gilt, von denen Frankreich jederzeit eine volle Million Mann als Kampftrupp zur Verfügung stehen.

Eine andere Behauptung Frankreichs geht dahin, es habe seit 1921 seine Heeresstärke um 42 Prozent vermindert. Das hört sich fabelhaft an, nicht wahr? Und was ist Wahres dran? 1921 hatte Frankreich noch den größeren Teil seines Kriegsheeres nicht demobilisiert; das Heer befand sich noch im Kriegszustand. Außerdem hatte Frankreich damals bekanntlich noch volle 150 000 Mann im Rheinland stehen. Die ganz selbstverständliche Demobilisierung des französischen Kriegsheeres kann folglich nicht als „Abrüstung" hingestellt werden.

Außerdem aber befanden sich bis zum Jahre 1923 noch drei Jahrgänge unter Waffen; beim Übergang zur einjährigen Dienstzeit hätten mithin die aktiven Bestände um volle zwei Drittel verringert werden müssen. Was tat Frankreich in Wirklichkeit? Es hat nicht einen einzigen Soldaten von diesen zwei Dritteln entlassen, sondern organisierte sein Heer so um, daß diese zwei Drittel in neuen Formationen verschwanden. Auch die ausgebildeten Reserven wurden nicht um einen einzigen Soldaten vermindert. Um aber selbst im Bedarfsfall eine völkerrechtlich sehr belastende offizielle Mobilmachung nicht aussprechen zu müssen, schuf Frankreich ein Gesetz, wonach es ohne eine Befragung des Parlamentes jederzeit drei Jahrgänge aller Reservisten sowie sämtliche Reserveoffiziere und dazu das Sanitäts- und Veterinärpersonal durch einen einfachen Befehl sofort unter die Fahne rufen kann.

So kommt es, daß Frankreich mit gewohnter Dreistigkeit behauptet, es habe nur 163 000 Mann (!) im aktiven Dienst, und daß es in Wirklichkeit über eine Friedensstärke von 562 000 Mann verfügt; zu ihnen kommen aber noch insgesamt 190 000 Reserveoffiziere und rund fünf Millionen Mann jederzeit greifbare ausgebildeter Reserven. Nun behauptet Frankreich ferner, es habe die Zahl seiner aktiven Heimatdivisionen herabgesetzt. Rein zahlenmäßig, also auf dem Papier, stimmt das wirklich. Frankreich verschweigt aber dabei, daß diese rein papiermäßige Herabsetzung der Divisionszahlen ausgeglichen wird durch die Zahl der im Laufe der letzten Jahre neu aufgestellten Spezialformationen (Tankgeschwader, motorisierte Truppen, Luftheer, Fliegerabwehrformationen usw.). Und was schließlich die von Frankreich ständig angeführten 9,3 Prozent an Abstrichen in seinem Heeresetat angeht, so steht demgegenüber die Tatsache, daß Frankreich heute einen Heeresetat von 2 800 000 000 Mark ausweist; das bedeutet beispielsweise gegenüber dem Jahre 1925 eine Steigerung um nicht weniger als 100 Prozent! Dabei darf man nicht vergessen, daß außer diesem offiziellen Heeresetat Hunderte und aber Hunderte von Millionen für Rüstungszwecke in den Etats sämtlicher anderen französischen Ministerien versteckt sind.

So sieht Frankreichs „Abrüstung" aus! Wohl verstanden, wir gaben hier nur einige wenige Beispiele.

V. A. R.

# Der Bauer im neuen Staate

## Nationale Bauernpolitik

**Reichslandbundpräsident Meinberg, der Reichsobmann der bäuerlichen Selbstverwaltung, sprach im Rahmen einer großen Bauernkundgebung in Arendsee (Altmark) über nationalsozialistische Bauernpolitik.**

Staatsrat Meinberg ging aus von dem Grundsatz, daß die Scholle keine Handelsware werden darf. Die Schollenverbundenheit der deutschen Bauern soll zunächst durch die Schaffung des Erbhofrechtes erreicht werden. Es wäre leichter gewesen, zu versuchen, wie in der Vergangenheit mit Steuergroschen und Staatsgeldern die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu stabilisieren. Diese Versuche sind aber in der Vergangenheit gescheitert, denn die landwirtschaftliche Verschuldung ist gerade in den Jahren mit günstiger Konjunktur am meisten gestiegen, als verhältnismäßig auskömmliche Preise für die Erzeugnisse gezahlt wurden. Ungerechtfertigte Preiserhöhungen, die ganz bestimmte Wirtschaftskreise in der letzten Zeit vorgenommen haben, müßten schärfstens bekämpft werden.

**Die zweite große Aufgabe**

betrifft den ständischen Aufbau des Reichslandstandes. Mit vollem Bewußtsein sind Genossenschaften und der ehrliche Handel mit der Bauernorganisation verbunden worden. Es ist das Verdienst des Führers und seines Beauftragten, Darré, daß es gelungen ist, die Organisation so schnell zustande zu bringen, zu der nicht nur der schaffende Bauer selbst, sondern die gesamte Ernährungsindustrie, Handel, Zuckerfabriken, Spiritusindustrie usw. kommen können. Nach Erreichung dieses Zieles wird es auch möglich sein, dem Bauern

**gerechte Preise für seine Erzeugnisse**

zu verschaffen. Eine weitere Aufgabe ist die Heranziehung eines Führertums, das pflichtbewußt, uneigennützig und bescheiden in den persönlichen Ansprüchen, lediglich auf den Dienst an der Gesamtheit eingestellt ist. Das gilt namentlich auch für alle Bauern, die in den Kommunalverwaltungen sitzen oder für ihre Organisationen arbeiten.

**Meinberg ging dann auf die Frage des Großgrundbesitzes über und betonte, ein gesunder Großgrundbesitz würde niemals angetastet werden.**

Selbstverständlich ist es aber nicht zu verantworten, daß mit den Steuergroschen deutscher Bauern die riesigen Latifundienbesitze entschuldet würden, von denen wir wissen, daß nach zwei Jahren wieder die gleichen Schulden auf ihnen lasten werden. Aber auch diese Besitzer sollen nicht ihrem Schicksal überlassen werden. Wenn sie entschuldet werden wollen, erhalten sie ihren Erbhof, auf dem das Geschlecht verankert wird, bis in alle Zukunft. Was aber nicht zum Erbhof gehört, das übernimmt der Staat, um neue Bauern darauf anzusiedeln. Die Frage der Schaffung eines neuen Bauernstandes ist so dringlich wie die Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsgesundung. Nationalsozialistische Bauernpolitik will den luftleeren Raum im Osten, den man nicht mit Maschinengewehren schützen kann, durch eine dichte Reihe deutscher Bauernhöfe schützen.

## Sachsens Bauern tagen

Nach dem guten Erfolg, den der Mitteldeutsche Landwirtschaftsmarkt gelegentlich der Leipziger Herbstmesse im vorigen Jahre hatte, lag es nahe, das Unternehmen in diesem Jahre zum ersten Male zu wiederholen. Mit Rücksicht auf die Ernte hat man diesmal von einer direkten Verbindung mit der Herbstmesse abgesehen, dafür aber war mit dem Markt, dessen Protektorat Reichsstatthalter Mutschmann übernommen hat, eine große Bauernkundgebung in Leipzig verbunden. Diese Kundgebung war ein einmütiges Bekenntnis von rund 3000 Bauern zu ihrem Stand, zu ihrer Scholle und zu der Führung der deutschen Landwirtschaft wie des Deutschen Reiches überhaupt. Männer wie der sächsische Landbundpräsident Körner, der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Trumph, der Vizepräsident des Deutschen Landhandelsbundes Daßler und der Reichslandbundpräsident Meinberg sprachen zur mitteldeutschen Bauernschaft, und wenn man ihre Ausführungen auf einen Nenner bringen will, so ist es wohl der Satz aus den Worten Daßlers: „Schluß muß sein mit dem Kampfe aller gegen alle!"

Das bedeutet nichts Geringeres als Unterordnung unter das Gemeinwohl, gleichviel ob es sich um den Bauern selbst, um die Genossenschaft oder um den privaten Landhändler handelt. Nur so und nicht anders kann die deutsche Bauernschaft die Krise überwinden. Wie drei Säulen ragen die drei vorgenannten Sparten der landwirtschaftlichen Erzeugung und Warenverwertung empor, und auf diesen Säulen ruht ein Dach, das zu tragen gewiß nicht leicht ist. Es ist das deutsche Volk, das nur gestützt auf diese drei Säulen den Weg aus der großen Lebenshaltungskrise finden kann.

Immer schon haben die Bewohner Deutschlands den Wert der Gemeinschaft erkannt, selbst die alten Germanen schon zeigen Merkmale der Verfolgung sittlicher und gemeinnütziger Zwecke, wie Präsident Trumph unter anderm ausführte. Die Genossenschaften seien das dienende Instrument aller zum Gemeinwohle aller und entsprächen damit durchaus der nationalsozialistischen Weltanschauung. Ihrer Verantwortung bewußt, wollten die Genossenschaften auch das Ihre zur Unterstützung der staatlichen Maßnahmen der Regulierung des inländischen Getreidemarktes beitragen und ihre straffe Organisation in den Dienst der Warenbewegung für den Bauernstand stellen.

Ebenso erklärte auch Vizepräsident Daßler für den guten deutschen Landhandel seine Bereitschaft, ehrlicher Makler zu sein zwischen Bauern und Konsumenten. Und wenn zuletzt Präsident Meinberg in seiner temperamentvollen Weise die Wünsche der deutschen Bauernschaft betonte, so hob auch er die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Händlern hervor, deren Organisationen mit Bewußtsein in den Bauernstand aufgenommen worden seien. So steht der ständische Aufbau der Landwirtschaft als eine geschlossene Phalanx auf dem festen Untergrund der deutschen Scholle, und dieser von drei Säulen getragene Bau wird sich auswirken zugunsten des Bauern sowohl als auch des deutschen Verbrauchers.

-ldi.

# Der Untergang eines Dorfes

## Die Brandkatastrophe von Oeschelbronn.

**Der Schaden, der bei dem Riesenbrand in der badischen Ortschaft Oeschelbronn bei Pforzheim angerichtet wurde und einen großen Teil des Dorfes vernichtet hat, läßt sich nun einigermaßen übersehen. Nach genauen Feststellungen wurden insgesamt 203 Gebäude, darunter 83 Wohnhäuser, völlig vernichtet, hundert Familien sind obdachlos. Der Gebäudeschaden allein beträgt nach vorläufigen Schätzungen eine Million Mark. Dazu kommen unübersehbare Ernteschäden, da fast die gesamte schon eingebrachte Ernte den Flammen zum Opfer fiel. Nur wenige Familien sind versichert.**

Am Tag nach dem Brande bietet der Brandort Oeschelbronn ein Bild größter Verwüstung. Auf Äckern und Wiesen lagert der gerettete Hausrat, den Schutzpolizei und SA. durch umfangreiche Absperrungen vor unberechtigten Zugriffen schützt.

**In großen Feldkesseln der Karlsruher Polizei wird abgekocht.**

Zum Teil wird auch die Bevölkerung von dieser Seite her verpflegt. Zahlreiche Personen erlitten leichtere Rauchvergiftungen. Wie bisher festgestellt, wurden jedoch auch vier Personen mit schwereren Verletzungen in das Pforzheimer Krankenhaus eingeliefert.

**Die Brandursache**

ist noch nicht geklärt. Das Feuer brach zuerst in der Scheune der Witwe Breitenstein, die sich gerade in der Kirche befand, aus. In dem Anwesen liegt keine elektrische Leitung, so daß Kurzschluß nicht vorliegt. Auch soll Selbstentzündung nicht in Frage kommen. So liegt der Verdacht der Brandstiftung ziemlich nahe und die anwesende geheime Staatspolizei nahm bereits Verhaftungen vor. Die Witwe und ihr Sohn wurden in Haft genommen.

**Reichswehrpioniere greifen ein.**

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF